

Bericht	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 401 - Allgemeine Dienste
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Claus-Jürgen Kaminski 563 6350 563 8010 claus.kaminski@stadt.wuppertal.de
	Datum:	15.08.2005
	Drucks.-Nr.:	VO/0530/05/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
01.09.2005	Ausschuss Zentrale Dienste	Entgegennahme o. B.
21.09.2005	Hauptausschuss	Entgegennahme o. B.
26.09.2005	Rat der Stadt Wuppertal	Entgegennahme o. B.
Faires Beschaffungswesen		

Grund der Vorlage

Faires Beschaffungswesen in der Stadt Wuppertal

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 19.04.2005 – Drs. VO/0530/05

Beschlussvorschlag

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen

Einverständnisse

Unterschrift

Dr. Slawig

Begründung

Mit dem Antrag begehrt die Fraktion Bündnis90/Die Grünen, bei der städtischen Materialbeschaffung Produkten aus fairem Handel den Vorzug zu geben und für den Schulsport nur noch fair gehandelte Bälle zu beschaffen.

Bei den klassischen Produkten, für die es einen etablierten fairen Handel gibt (Kaffee, Tee, Schokolade, Geschenkartikel, Kakao, Brotaufstriche) besteht in der Verwaltung nur ein sehr geringer

Bedarf, seitdem die Kantine nicht mehr selbst betrieben wird. Als einziges Produkt wird Orangensaft für repräsentative Anlässe benötigt. Das aus fairem Handel verfügbare Produkt ist qualitativ gut und wird inzwischen beschafft.

Um potentielle Großkunden wie Kantinen bemüht sich die Gepa als faires Handelsunternehmen unmittelbar.

Bälle werden über Jahresausschreibungen beschafft. Die nächste steht für 2006 an. Dazu werden von den Bedarfsträgern Schulen und Vereine aus der Vielzahl der Ausführungen, Hersteller und Anbieter für jede Ballsportart geeignete Produkte ermittelt und ausgeschrieben. Der Stadtbetrieb Sport und Bäder wird ein Paket von verschiedenen Fair Play – Bällen bestellen und sie vor der nächsten Ausschreibung von den Bedarfsträgern testen lassen. Bei positivem Ergebnis werden sie mit ausgeschrieben.

Die Ausdehnung der Beschaffung auf weitere fair gehandelte oder erzeugte Produkte ist schwierig. Für sie gibt es keine eingefahrenen Beschaffungsketten vom Produzenten bis zur Stadt als Endverbraucherin. Die Stadt Düsseldorf verlangt bei der Beschaffung von Dienstbekleidung für die Feuerwehr eine Erklärung der Bieter, dass die Produzenten und Zulieferer die Mindeststandards der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) einhalten (z. B. Verbot von Zwangsarbeit, Diskriminierungen, Kinderarbeit, Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt, Mindestlöhne oder Recht auf gewerkschaftliche Betätigung).

Die Einhaltung einer solchen Verpflichtung wäre von der Stadt Wuppertal nicht überprüfbar. Sie müsste sich auf die Erklärungen der Lieferanten verlassen und wäre nicht in der Lage, selbst bei ihnen, geschweige denn bei den Zulieferern oder den Rohstoffproduzenten, die Einhaltung dieser Zusagen zu kontrollieren. Soweit bekannt gibt es, anders als bei den Produkten, die etwa die Gepa vertreibt, keine organisierte Kontrolle.

Vor diesem Hintergrund wäre es letztlich nur eine demonstrative Geste, eine solche Erklärung zu verlangen.

Im Ressort Allgemeine Dienste wird allerdings z. Zt. ein Zentraleinkauf ausgebaut. Eine seiner Aufgaben wird es sein, Märkte zu beobachten und Beschaffungsstandards einzuführen. Dabei spielen selbstverständlich auch Fragen der Nachhaltigkeit und der Mindeststandards bei der Produktion und dem Vertrieb eine Rolle. In seiner jetzigen Aufbauphase ist der Zentraleinkauf hierzu aber nur sehr beschränkt in der Lage; Aufgaben wie die Bündelung von Beschaffungsvorgängen und die verwaltungsweite Nutzung der Beschaffungsplattform haben zunächst notwendig Vorrang. Ab Mitte nächsten Jahres wird eine Verschiebung der Schwerpunkte möglich sein.

